

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. In-
sertionspreis: die Klein-
zeile 10 Pf.

Abonnement

vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Be-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

29. Jahrgang.

N^o. 13.

Dienstag, den 31. Januar

1882.

In Folge Anzeige vom 26. dieses Monats ist heute auf Fol. 144 des Han-
delregisters für die Stadt Eibenstock die Firma

Richard Schürer
in Eibenstock

und als deren Inhaber

Herr Kaufmann Richard Bernhard Schürer daselbst
verlaublich worden.

Eibenstock, am 28. Januar 1882.

Königliches Amtsgericht.

Beichte.

S.

Der Sturz Gambetta's.

Gambetta ist gestürzt, das ist eine Thatsache. Der Conseilpräsident hat bereits mit den übrigen Mitgliedern des Cabinets dem Präsidenten Grevy persönlich seine Demission überreicht. Das Revisionsprojekt der Regierung ist von der Kammer verworfen. Es war nicht möglich, selbst noch in der letzten Stunde die Kammermehrheit zu Gunsten der Regierung zu lenken, vergeblich waren alle Adressen und Telegramme aus der Provinz, die für das Listenscrutinium Propaganda zu machen suchten, selbst die große Rede Gambetta's, der mit all seinen oratorischen Mitteln und allen möglichen und unmöglichen Argumenten für seine Sache eintrat, richtete nichts aus. Die Versicherung, daß der Votierung des Listenscrutiniums durch den Congress die Auflösung der Kammer nicht zu folgen haben werde, war nutzlos, die Kammermehrheit lehnte ab, sie stand in zu kräftigem Widerspruch zu der gleichzeitigen Behauptung Gambetta's, das Listenscrutinium sei die unentbehrliche Basis seiner Reformpolitik, die er ohne die Wahlreform nicht durchführen könne. Selbst die Einschränkung, daß die Kammer durch Zustimmung zum Regierungsprojekt die Frage nicht entscheide, sondern nur dem Congress die Entscheidung überweise, verfehlte die Wirkung, die Gambetta sich von diesem taktischen Manöver versprochen haben mag.

Der Verlauf der Affaire war der folgende: Nach dem Schluß der General-Discussion wurde der Antrag Varodets auf vollständige Revision der Verfassung mit 298 gegen 173 Stimmen abgelehnt. Hierauf bestieg der Ministerpräsident die Rednertribüne und bekämpfte die Anträge der Commission, die ebenso gefährlich seien wie der eben abgelehnte Antrag Varodets. Das Land wolle eine beschränkte Revision der Verfassung und wolle seine Ruhe nicht den Zufällen einer unbeschränkten Revision unterwerfen. Sodann widerlegte Gambetta die gegen seine Sprache vor die Commission gelangten Beschuldigungen und wies darauf hin, daß der Congress einen illegalen Act begehen würde, wenn er sich von der Bedingung dieses früheren Einvernehmens entfernen wolle. Ferner wies Gambetta den Vorwurf einer von ihm angestrebten Diktatur zurück, gerade das Listenscrutinium sei, weil es die Basis der Wahl erweiterung, das geeignete Mittel, um eine Gewalt zu verhindern und dem Willen des Landes den Sieg zu verschaffen. Das Listenscrutinium sei bei allen liberalen Reformen in Anwendung gebracht worden, die persönliche Gewalt habe jedoch stets das Arrondissement-Scrutinium hergestellt, das Listenscrutinium sei unerlässlich, um die Reformen zu verwirklichen. Es würde gefährlich sein, für den Credit der Kammer, wenn sie eine Revision des Wahlmodus des Senats zustimmen wollte, während sie sich weigere, ihren eigenen Wahlmodus einer Revision zu unterziehen. Gambetta schließt mit den Worten: „Meine Vergangenheit ist bekannt, über allem Ehrgeiz gilt es der Zukunft des Vaterlandes.“ Der Berichterstatter Andrieux trat für die Commissionsanträge ein. Gambetta beantragt zunächst über den Schlußparagraphe der Commissionsvorlage abzustimmen und diesen Paragraphe abzulehnen. Der Schlußparagraphe wird jedoch mit 282 gegen 227 Stimmen angenommen. Hierauf erklärt Gambetta, daß die Regierung in diesem Votum die Genehmigung einer unbeschränkten Verfassungsrevision erblicke, und daß das Cabinet unter diesen Umständen an der Verathung nicht weiter Theil nehmen könne.

Der Conseilpräsident Gambetta hat dem Präsidenten Grevy folgendes Schreiben zugehen lassen: „Herr Präsident! Im Namen meiner Collegen und in dem meinigen habe ich die Ehre, Ihnen die Demission des Cabinets, in welchem sie mir den Vorsitz

übertragen haben, zu überreichen.“ Gambetta begab sich selbst nach dem Palais Elisee, um das Schreiben dort abzugeben.

Sehr beachtenswerth sind ohne Zweifel die Urtheile der Presse und der öffentlichen Meinung außerhalb Frankreichs, die jetzt nach dem Rücktritt Gambetta's über den Cabinetwechsel in Frankreich laut werden. Die amtlichen Kreise Wiens machen gar kein Hehl daraus, daß sie der Sturz Gambetta's nichts weniger als betrübt habe. Nachdem der gefährliche Mann vorläufig wenigstens von der direkten Mitwirkung an der großen internationalen Politik befreit ist, zeigt man sich bedeutend aufgedrehter in Bezug auf denselben und gesteht, daß man von ihm nichts Gutes für die allgemeine Situation erwartet hatte. Es wird jetzt zugegeben, daß Gambetta ernstlich eine Intervention in Egypten geplant und England um jeden Preis mit sich fortzuziehen wollte. Noch lebhaftere Besorgnisse hegte man über eine intime Annäherung zwischen Paris und St. Petersburg. Durchaus ernste Politiker behaupten, daß die Fäden, die unter Anderem auch durch Madame Adam gesponnen worden sind, bereits eine beträchtliche Festigkeit erlangt hätten. Man geht so weit, zu versichern, daß eine französisch-russische Allianz nur noch die Frage einer kurzen Zeit war.

Das „Journ. de St. Petersburg“ schreibt bezüglich des Ministerwechsels: Das erste Ministerium Gambetta sei nunmehr vom Schauplatz abgetreten und die Kammer zu Paris habe vollständig die Consequenzen vorausgesehen; die Schwierigkeit der Situation bestehe nicht darin, ein neues Cabinet zu bilden, sondern daß Gambetta wieder an die Spitze einer Opposition treten könne, gegen welche jedes Ministerium sich ohnmächtig erweisen würde. Gambetta habe zwar sein Prestige verloren, aber er könne wieder zur Geltung kommen, wenn er bei seinem gegenwärtigen Mißgeschick Lehren aus seiner Haltung zu ziehen und dieselben zu benutzen verstehen werde. „Aus dem Grunde, bemerkt das „Journal“, sagten wir, das erste Ministerium Gambetta sei vom Schauplatz abgetreten.“

Die „Tribüne“ schreibt: Der Sturz des Ministeriums Gambetta ist sicher kein Vorgang von der Bedeutung einer gewöhnlichen Ministerkrise. Er ist ein weit und tief greifendes Ereigniß, das fast zu den epochemachenden Momenten der Zeitgeschichte gehört. Dennoch hat er im Auslande vielleicht mehr Aufsehen gemacht, als in Frankreich selbst, wo man die Entscheidung mit überraschender Ruhe aufnahm. Weder Jubel noch Klage macht sich in besonderem Grade dort bemerklich; die ruhige, um nicht zu sagen gleichgültige Stimmung, mit der man das Cabinet scheiden sieht, erinnert lebhaft an die Stimmung, mit der es vor zwei Monaten begrüßt wurde. Das „große Ministerium“ hat sich eben als ein „Ministerium der Enttäuschungen“ erwiesen bis zum letzten Augenblick. Die außerordentlichen Vorkehrungen, welche die Pariser Polizei in der Besorgniß etwaiger Ruhestörungen getroffen hatte, stellten sich als überflüssig heraus; Paris blieb vollkommen ruhig.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Das Befinden des Fürsten Bismarck läßt nach der „Börsen-Zeitung“ viel zu wünschen übrig, wenngleich es zu irgend welchen ernstern Besorgnissen glücklicher Weise keinen Anlaß giebt. Das genannte Blatt hört, daß der Reichskanzler am Dienstag, entgegen den Wünschen seines Arztes und den Bitten seiner Familie, sich noch im letzten Augenblicke zur persönlichen Theilnahme an der Debatte über den königl. Erlaß im Reichstage entschlossen hat. Es wird in dieser Beziehung eine wohlverbürgte

Außerung des Fürsten Bismarck berichtet, welche hinreichend erkennen läßt, warum derselbe ein so großes Gewicht darauf legte, bei dieser Gelegenheit persönlich im Reichstage zu erscheinen und auf die fortschrittlichen Angriffe Rede und Antwort zu stehen. Am Morgen des Dienstag erklärte der Reichskanzler nämlich seiner näheren Umgebung, er werde sich zusammen nehmen und unter allen Umständen in den Reichstag fahren, sonst sage die fortschrittliche Presse, er habe sich vor dem angekündigten Angriff des Abg. Hänel gefürchtet und hinter einer angeblichen Krankheit „Deckung“ gesucht. Es ist eine Thatsache, die von genau informirter Seite verbürgt wird, daß Fürst Bismarck aus den Artikeln fortschrittlicher Blätter über den königlichen Erlaß den gegen ihn direkt erhobenen Vorwurf der persönlichen Feigheit herausgelesen und denselben während der letzten Wochen ungemein schwer empfunden hatte, trotzdem er sonst gegen alle Außerungen der Oppositionspresse sehr abgehärtet ist.

— Der Entwurf des Tabakmonopolgesetzes ist, wie schon erwähnt, fertiggestellt. Die Entschädigungssumme beziffert sich nach der „Elberfeld. Zeitung“ auf 500,000,000 Mark, wobei die Tabakfabrikanten, Händler mit Tabakfabrikaten und die Tabakmaler in erster Linie bedacht seien. Die Arbeiter würden fast sämmtlich vom Reiche übernommen.

— Bezüglich des vom Minister Puttkamer in seiner letzten Reichstagsrede hervorgehobenen „Schwarzen Punktes“ in der Gestalt von „Wolken am europäischen Völkerhimmel“ hat die Regierungspresse sich bemüht, beruhigende Aufklärung über diese Auslassung am Ministertische zu geben: Wenn man, so wird gesagt, den vom Minister ausgesprochenen Satz in die richtige Verbindung mit dem sonstigen Inhalte bringe, so ergebe sich, „daß die Absicht des Redners ausschließlich dahin gegangen sei, auf die aus den internationalen Umstürzen bestrebungen für die Ruhe und Sicherheit Europas heranziehenden Gefahren aufmerksam zu machen.“ Wir verfehlen nicht, von dieser Interpretation Mittheilung zu machen, wie weit dieselbe aber den augenblicklichen politischen Verhältnissen entspricht, darüber wird die nächste Zukunft, die durchaus nicht sehr rosig erscheint, sehr bald Aufklärung geben.

— Oesterreich. Die Vorgänge in Süddalmatien und in der Herzegowina besprechend, konstatiert die „Neue freie Presse“, daß die Insurrektion nunmehr das ganze links vom Narentafluß liegende Gebiet erfasst habe und theilweise auf das rechte Ufer desselben, in die sogenannte Zagorje, überzöge, wogegen Bosnien bis zur Stunde noch immer ganz ruhig ist. Trotz des überaus raschen Wachstums der Insurrektion in der östlichen Herzegowina sei aber Hoffnung, daß dieselbe in sehr rascher Zeit unterdrückt sein wird. In längstens vierzehn Tagen glaubt man, werde der Aufmarsch sämmtlicher zur Aktion bestimmten Truppen beendet sein, und in abermals vierzehn Tagen hofft man dann mit den Insurgenten fertig werden zu können. Es sei weniger die Unterdrückung des Aufstandes selbst, was die Regierung beunruhige, als vielmehr die sehr ernste Frage, was nachher geschehen soll, um der periodischen Wiederkehr des panslavistischen Unabhängigkeitsoranges durch Aufstände vorzubeugen. Man suche daher nach Mitteln, um dauernde Garantien für die Erhaltung der Ruhe zu gewinnen, und heute bereits könne angenommen werden, daß eine nicht unerhebliche Verstärkung der Truppen in den okkupirten Ländern und in Dalmatien nothwendig werden dürfte. — Das „Fremdenblatt“ hält an der Ueberzeugung fest, daß eine Entwidlung des Aufstandes zu internationalen Komplikationen nicht zu befürchten sei. Worauf es ankomme, ist, alles aufzubieten, der Insurrektion so schnell als möglich durch